

BUNDESKANZLERAMT  ÖSTERREICHBUNDESMINISTERIN
FÜR FRAUEN UND ÖFFENTLICHEN DIENST

GZ • BKA-920.758/0022-III/1/2013

ABTEILUNGSMAIL • III1@BKA.GV.AT

BEARBEITERIN • FRAU MAG DR SUSANNA LOIBL-VAN HUSEN

PERS. E-MAIL • SUSANNA.LOIBL-VAN-HUSEN@BKA.GV.AT

TELEFON • +43 1 53115-207111

IHR ZEICHEN • BMLFUW-LE.5.7.2/0005-PR/2/2013

Bundesministerium für Land- und
Forstwirtschaft, Umwelt und
Wasserwirtschaft
Stubenring 1
1012 Wien

Antwort bitte unter Anführung der GZ an die Abteilungsmail

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Land- und forstwirtschaftliche
Landeslehrer- Dienstrechtsgesetz 1985 geändert wird (Verwaltungsgerichts-
Anpassungsgesetz-BMLFUW), Begutachtungs- und Konsultationsverfahren;
Stellungnahme**

Das Bundeskanzleramt Sektion III nimmt zu dem gegenständlichen Entwurf wie folgt
Stellung:

Allgemeine Anmerkungen zu den Anpassungen im Bereich des Disziplinarrechts an die
Verwaltungsgerichtsbarkeit:

Durch die Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, BGBl. I Nr. 51/2012, wird in
Art. 132 B-VG vorgesehen, dass gegen Bescheide einer Verwaltungsbehörde eine
Beschwerde wegen Rechtswidrigkeit an das Verwaltungsgericht zulässig ist. Die im
LLDG 1985 enthaltene Bestimmung, dass gegen die vorläufige Suspendierung kein
Rechtsmittel zulässig ist, erscheint daher aus ho. Sicht verfassungsrechtlich nicht
gedeckt, da es sich bei der vorläufigen Suspendierung um einen Bescheid handelt.

Darüber hinaus darf angemerkt werden, dass einige Unterschiede zu den durch die
Dienstrechts-Novelle 2012, BGBl. I Nr. 120/2012, im BDG 1979 erfolgten Anpassungen
an die Verwaltungsgerichtsbarkeit und auch zu den derzeit hierzu in Begutachtung
befindlichen Regelungen im Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz bestehen, wie die
Beteiligung von Laienrichterinnen und Laienrichtern bei Senatsentscheidungen und die
Verkürzung der Entscheidungsfristen in bestimmten Fällen. Im Sinne einer
Harmonisierung der Normen wird angeregt, soweit nicht die Zuständigkeit der Länder

gegeben ist, eine Angleichung an die bestehenden Bestimmungen des BDG 1979 zu prüfen.

Ad § 75 LLDG 1985:

Statt „Landeslehrperson“ müsste es „Lehrperson“ heißen.

Ad § 113a Abs. 3 LLDG 1985:

Die Bestimmung regelt zwei weitere Sachverhalte, in denen das Verwaltungsgericht durch einen Senat zu entscheiden hat. (1. Entlassung etc. und 2. Beschwerde durch die Disziplinaranwältin oder den Disziplinaranwalt.)

Da hier zwei unterschiedliche Sachverhalte vorliegen und im Sinne einer besseren Zitierbarkeit, wäre dieser Absatz in zwei Ziffern zu untergliedern.

Stellungnahme der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle als Teil der Gesamtbegutachtung der Sektion III im Bundeskanzleramt

Mit dieser Stellungnahme wird dem haushaltsleitenden Organ das Ergebnis der Qualitätssicherung gemäß § 5 Wirkungscontrollingverordnung (BGBl. II 245/2011) mitgeteilt.

Die Qualitätssicherung erfolgt aus methodisch-prozesshafter Sicht und umfasst folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Einhaltung der WFA-Grundsatz-Verordnung (BGBl. II 489/2012), insbesondere
- Einhaltung der Qualitätskriterien der Relevanz, inhaltlichen Konsistenz, Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Vergleichbarkeit und Überprüfbarkeit insbesondere bei:
- Problembeschreibung, Ziele und Maßnahmen inklusive der verwendeten Indikatoren
- Plausibilität der Angaben zur Wesentlichkeit hinsichtlich der Abschätzung der Auswirkungen innerhalb der Wirkungsdimensionen

- 3 -

Die Prüfung der Wirkungscontrollingstelle ergibt folgende Empfehlungen:

Problemdefinition:

Im Sinne der Verständlichkeit wird empfohlen, die Abkürzung LLDG bei der ersten Verwendung zu erläutern und zu ergänzen, welche Verfahren von der Regelung betroffen sind.

Die Wirkungscontrollingverordnung (§ 5 Abs. 4) sieht bei einer gänzlichen und teilweisen Nichtberücksichtigung der Empfehlungen aus der Qualitätssicherung eine **schriftliche Begründung** des haushaltsleitenden Organs gegenüber der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle unter

WFA@bka.gv.at


vor. Bitte übermitteln Sie diese vor Eintritt in das nächste Verfahrensstadium (z.B. Einbringung in den Ministerrat).

Bei Fragen zur Qualitätssicherung wenden Sie sich bitte direkt an die MitarbeiterInnen der ressortübergreifenden Wirkungscontrollingstelle. Das Sekretariat ist unter der Telefonnummer 01 53 115 207333 erreichbar.

Unter einem ergeht die Stellungnahme an das Präsidium des Nationalrates.

17. Mai 2013
Für die Bundesministerin:
PLEYER

Elektronisch gefertigt

Signaturwert	A1cder/5W3pGqPrhOPIwoakTB9BpTmnKs8D2KrTpOnJq9WyQ9UJ1mhCDfKSVvxqLMI+/pbyuafUFzRZQaRxmpd2PurhTUuaBWdbGqTsWt4BUI+XejqOvXqbeAkct6yBWxB70S/1h7m3koF28YaGVQsvRhwaJnG/K5cGjOPn1qHM=	
	Unterzeichner	serialNumber=962181618647,CN=Bundeskanzleramt,O=Bundeskanzleramt,C=AT
	Datum/Zeit-UTC	2013-05-23T08:29:17+02:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	294811
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: http://www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: http://www.bka.gv.at/verifizierung	